

# Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,  
12.11.2009, 18:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

## Anwesend:

Ratsvorsitzender:

1. stellv. Ratsvorsitzende:

2. stellv. Ratsvorsitzender:

Bürgermeister:

stellv. Bürgermeister:

Ratsmitglieder:

Karlheinz Bäker

Hannelore Schneider

Jörn Kickler

Gerd-Christian Wagner

Bernd Köhler

Peter Nieraad

Karin Agostini

Reinhard Berndt

Rudolf Böcker

Karin Boomhuis

Dirk Brumund

Ludwig Bunjes

Iko Chmielewski

Ilonka Etzold

Jens-Olaf Fianke

Walter Heidenreich

Erich Hillebrand

Kurt Klose

Christine Lampe

Ingo Langer

Walter Langer

Alfred Müller

Jürgen Rathkamp

Raimund Recksiedler

Bernd Redeker

Claudia Rohlf

Peter Tischer

Elke Vollmer

Dorothea Weikert

Herbert Zeidler

von der Verwaltung:

Rainer Adler

Dipl.-Ing. Olaf Freitag

Marion Groß

Rolf Heeren

Rainer Rädicker

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 22.10.2009
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 4.1 **Verwaltungsausschuss vom 12.11.2009**
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 27.10.2009**
- 4.1.1 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 - Georg-Ruseler-Straße - Aufstellungsbeschluss
- Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales am 28.10.2009**
- 4.1.2 Antrag der MMW-Fraktion vom 24.1.2009: Verwendung der "Eigenbeteiligung Seniorenpass"
- 4.1.3 Seniorenpass 2010
- 4.1.4 Tag der älteren Generation
- 4.1.5 Berechtigungsausweis 2010
- Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport am 02.11.2009**
- 4.1.6 Grundschulkonzept für die Stadt Varel (Grundsatzbeschluss)
- 4.1.7 Einrichtung von offenen Ganztagsschulen
- 4.1.8 Antrag der Fraktion Menschenmüll-Wähleraktion vom 28.09.2009 auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema Ganztagsschule
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 Volksbegehren für gute Schule
- 6 **Behandlung von Anfragen und Anregungen**
- 6.1 Ehrenmal Friedrich-August-Straße

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Bäker eröffnet um 18:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er

begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass die Ratsherren Bruns, G. Chmielewski, Funke, Hinz, Niebuhr, Ralle und Schwärmer entschuldigt fehlen.

## **2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 22.10.2009**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 22.10.2009 wird einstimmig genehmigt.

## **3 Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

## **4 Berichte und Anträge der Ausschüsse**

### **4.1 Verwaltungsausschuss vom 12.11.2009**

#### **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 27.10.2009**

##### **4.1.1 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 - Georg-Ruseler-Straße - Aufstellungsbeschluss Vorlage: 272/2009**

###### **Beschluss:**

Gemäß der §§ 2 und 30 Baugesetzbuch (BauGB) wird die Durchführung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Es handelt sich um die 2. Änderung.

###### **Einstimmiger Beschluss**

#### **Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales am 28.10.2009**

##### **4.1.2 Antrag der MMW-Fraktion vom 24.1.2009: Verwendung der "Eigenbeteiligung Seniorenpass" Vorlage: 082/2009/1**

Die Einnahmen aus dem Eigenanteil des Seniorenpasses aus dem Jahr 2009 sollen für den Aufbau eines Seniorenbesuchsdienstes verwendet werden. Dieses begrüßt Ratsherr W. Langer. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird diesem Antrag zustimmen.

Die MMW-Fraktion möchte die Mittel aus dem Seniorenpass für eine qualifizierte Seniorenarbeit speziell für einen Altenbesuchsdienst verwenden. Hier besteht die Möglichkeit, trotz knapper Haushaltsmittel, inhaltlich noch Politik zu machen. Rats Herr I. Chmielewski bittet um Zustimmung zu ihrem Antrag.

Die SPD-Fraktion spricht sich nicht gegen einen Besuchsdienst aus, möchte diesen aber lieber aus Haushaltsmitteln finanzieren. Grundsätzlich sprechen sie sich weiterhin gegen eine Eigenbeteiligung beim Seniorenpass aus.

Die CDU-Fraktion fühlt sich an den Ratsbeschluss zum Seniorenpass aus dem Jahr 2009 gebunden, indem beschlossen wurde, dass die Eigenbeteiligung für eine zusätzliche Seniorenarbeit eingesetzt wird. Mit dem heutigen Beschluss wird nur die exakte Zweckbestimmung festgelegt. Die Einplanung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für den Altenbesuchsdienst sieht Rats Herr Tischer bei der jetzigen Haushaltslage skeptisch. Dieser Beschluss bezieht sich aber nur auf das Jahr 2009, was 2010 geschieht, muss noch beschlossen werden.

Rats Herr I. Chmielewski kritisiert das inkonsequente Verhalten der SPD-Fraktion. Aus seiner Sicht hätte sie dann einen Antrag auf einen Ansatz im Haushalt für den Altenbesuchsdienst einbringen müssen. Er hält zusätzliche Ausgaben für eine freiwillige Leistung bei der jetzigen Haushaltslage für nicht möglich und begrüßt daher die jetzige Lösung.

Rats Frau Lampe stellt klar, dass im Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales darauf hingewiesen wurde, dass die SPD-Fraktion den Besuchsdienst nicht aus der Eigenbeteiligung des Seniorenpasses finanzieren möchte. Im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsdiskussionen wird die SPD einen entsprechenden Antrag stellen.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Altenbesuchsdienst in Varel aufzubauen. Die Organisation des Altenbesuchsdienstes hat sich an dem Modell der Gemeinde Zetel zu orientieren. Die Ausgaben werden begrenzt auf die Höhe der Einnahmen aus dem Seniorenpass.

**Ja: 21 Nein: 9  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**4.1.3 Seniorenpass 2010  
Vorlage: 284/2009**

Die FDP-Fraktion lehnt den Seniorenpass ab. Bei einem strukturellen Defizit von knapp 6 Mio. € im Jahr 2010, heißt das, dass die Senioren auf Kosten von kurzfristigen Kassenkrediten zur Kaffeefahrt und ins Schwimmbad eingeladen werden. Das kann sich die Stadt nicht leisten. Die FDP ist aber froh über den Einstieg in die qualifizierte Seniorenarbeit mit dem Seniorenbesuchsdienst.

Die SPD-Fraktion spricht sich weiterhin für einen Seniorenpass ohne Eigenbeteiligung aus. Es überrascht sie, dass die FDP die 10 € für den Besuchsdienst einnehmen möchte, aber den Seniorenpass ablehnt. Der Seniorenpass ist ein Stück Anerkennung für die Lebensleistung der älteren Mitbürger und wurde bis zum Jahr 2007

sehr gut angenommen. Nachdem die heftige Diskussion um den Seniorenpass 2008 und die Eigenbeteiligung 2009 begann, brach die Teilnehmerzahl ein. Den älteren Mitbürgern wurde suggeriert, dass der Seniorenpass für das Haushaltsdefizit verantwortlich sei. Der Eigenanteil führt nicht zu einer Einsparung, da dieses Geld wieder für den Besuchsdienst ausgegeben wird.

Die Fraktion MMW wird diesem Antrag zustimmen, da sie den Seniorenpass für eine wichtige soziale Leistung hält. Dabei akzeptieren sie vor dem Hintergrund des starken Haushaltsdefizits eine Eigenbeteiligung, um das ganze Spektrum der Senioren abdecken zu können. Aus ihrer Sicht ist die Annahme des Seniorenpasses nicht so drastisch eingebrochen, die Inanspruchnahme der Gutscheine ist nur gering zurückgegangen. Bei einer Privatisierung des Quellbades ist allerdings über Alternativen nachzudenken.

Ratsherr W. Langer bedauert, dass die Seniorenarbeit der SPD sich in einer Kaffeefahrt und ein paar Freikarten erschließt. Unter Beachtung des demografischen Wandels und der Zuspitzung der sozialen Ungerechtigkeit reicht dieses heute nicht mehr aus.

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass der vorherige Beschluss das Haushaltsjahr 2009 betraf und dieser Beschluss in das Haushaltsjahr 2010 hineinwirkt. Es ist nicht möglich, beides gegeneinander aufzurechnen. Für die Zukunft legt sich die CDU-Fraktion nicht fest, dass die 10 € Eigenbeteiligung für andere Zwecke verwandt wird. Sie sprechen sich jetzt lediglich für einen Seniorenpass mit einem Kostenbeitrag von 10 € aus. In der 2008 durchgeführten Umfrage aller Seniorenpassnutzer sprach sich die überwiegende Mehrheit für eine Kostenbeteiligung von 10 € aus. Daraus hat die CDU ihre Erkenntnis gezogen, dass 10 € nicht zuviel sind. Ratsherr Tischer kann die heutige Ablehnung der SPD zum Seniorenpass nicht nachvollziehen, denn ein Seniorenpass mit Eigenbeteiligung ist besser, als kein Seniorenpass.

Stellv. Bürgermeister Köhler weist drauf hin, dass nicht die ausgegebenen Pässe zählen, sondern die Anzahl der Nutzungen. Und die Senioren, die den Pass für 10 € geholt haben, nutzen ihn auch.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass sich die SPD für einen Besuchsdienst und auch für das Seniorenbüro ausgesprochen haben. Ihnen geht es jetzt lediglich um die Finanzierung des Seniorenpasses und dabei hat die SPD immer eine klare Linie gefahren. Bei einem Antrag auf mehr Seniorenarbeit muss aber auch gesagt werden, was gemacht wird und wer es bezahlen soll.

### **Beschluss:**

Die Stadt Varel gibt 2010 einen Seniorenpass mit folgendem Inhalt aus:

1. Fahrt zum „Blumenreich“ Blumenhalle & Gartenpark in Wiesmoor einschließlich einer Kaffeetafel
2. eine Freikarte für den Besuch einer Theaterveranstaltung - wahlweise
  - a) der Niederdeutschen Bühne oder
  - b) des Volkstheaters Varel
3. Freikarten für je 10 Besuche des
  - a) Strandbades Dangast

- b) DanGast Quellbades
- c) Hallenbades.

Anspruch auf einen Seniorenpass haben alle Vareler Bürger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben bzw. im Jahr 2010 vollenden.

Der Seniorenpass 2010 wird gegen einen Kostenbeitrag in Höhe von 10,- € ausgegeben. Seniorinnen und Senioren, die im Besitz des Berechtigungsausweises sind, erhalten den Seniorenpass unentgeltlich.

Die anfallenden Kosten für die Fahrt nach Wiesmoor, den Eintritt in die Blumenhalle und die Kaffeetafel werden von der Stadt Varel übernommen.

Die entstehenden Kosten für die Benutzung der städtischen Einrichtungen sind haushaltsintern zu verrechnen.

An der Durchführung der Fahrten nach Wiesmoor soll die Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Varel und das Deutsche Rote Kreuz Varel – Friesische Wehde e. V. beteiligt werden.

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2010.

**Ja: 19 Nein: 11  
damit mehrheitlicher Beschluss**

#### **4.1.4 Tag der älteren Generation Vorlage: 276/2009**

##### **Beschluss:**

Die Veranstaltungen zum Tag der älteren Generation werden im Jahr 2010 von der Stadt Varel organisiert.

Als Termine sind der 23.4 und 24.4.2010 vorgesehen.

Die Kosten für das Programm und die Kaffeetafel werden von der Stadt Varel getragen.

Die örtlichen Vereine und Verbände sind bei der Programmgestaltung so weit wie möglich zu beteiligen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2010.

##### **Einstimmiger Beschluss**

#### **4.1.5 Berechtigungsausweis 2010 Vorlage: 275/2009**

##### **Beschluss:**

Die Stadt Varel gibt im Jahr 2010 einen Berechtigungsausweis mit folgenden Angeboten aus:

1. je 10 freie Besuche des
  - a) Strandbades Dangast

- b) DanGast Quellbades
  - c) Hallenbades
2. freier Eintritt bei städt. Veranstaltungen
  3. 6 Gutscheine im Wert von je 1,-- € für den Besuch einer kulturellen oder sportlichen Veranstaltung im Bereich der Stadt Varel
  4. 5 Gutscheine im Wert von je 1,-- € für eine Fahrt mit den Buslinien der Firmen Bruns, Krahl oder Weser-Ems-Verkehrsbetriebe
  5. je eine Freikarte für eine Theaterveranstaltung des Volkstheaters Varel und der Niederdeutschen Bühne Varel
  6. 1 Gutschein für eine Fahrt mit der Deutschen Bahn AG bzw. der Nordwest-Bahn wahlweise nach Oldenburg oder Wilhelmshaven
  7. 2 Gutscheine im Wert von je 2,-- € zur Anrechnung bei der Benutzung eines Nachttaxis für Frauen und Mädchen ab 16 Jahren.

Der Berechtigungsausweis wird an Personen mit geringem Einkommen (getrennt für Erwachsene und Kinder) ausgegeben.

Als Personen mit geringem Einkommen gelten Einzelpersonen bzw. Familien/Wohngemeinschaften, deren Einkommen 120% des Bedarfssatzes für Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch XII unterschreitet.

Die entstehenden Kosten werden von der Stadt Varel getragen.

Soweit es sich um städtische Leistungen handelt, sind die Kosten haushaltsintern zu verrechnen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2010.

### **Einstimmiger Beschluss**

### **Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport am 02.11.2009**

#### **4.1.6 Grundschulkonzept für die Stadt Varel (Grundsatzbeschluss) Vorlage: 305/2009**

Die FDP-Fraktion wird sich enthalten. Ausgangspunkt der Arbeitsgruppe war ein Schülerrückgang von ca. 30 % in den nächsten 3 Jahren. Ratsfrau Etzold kann es verstehen, wenn die betroffenen Eltern dieses Thema mit sehr vielen Emotionen diskutieren, aber Aufgabe des Rates ist es, für die Zukunft Strukturen zu schaffen,

um klare Perspektiven für die Schulen vorzugeben. Sie bedauert, dass jetzt mit diesem Beschluss diese Chance vertan wird. Jetzt hätte ein deutlicher Beschluss gefasst werden müssen, dann hätten die Schulen 3 Jahre Zeit gehabt, sich auf den Zusammenschluss vorzubereiten. Nun wird es in drei Jahren abrupt geschehen.

Die SPD-Fraktion wird diesem Beschluss über die Bestandsgarantie bis 2013 zustimmen. Dieser Beschluss bedeutet aber nicht, dass in drei Jahren automatisch die drei einzügigen Grundschulen geschlossen werden. Der Rat muss rechtzeitig in eine neue Diskussion einsteigen, wobei es wichtig ist, die Schulen, Eltern und Lehrer zu beteiligen. Aus Sicht des Ratscherrn Müller ist es auch möglich, dass es neue Entwicklungen, z. B. durch das Neubaugebiet im Bereich der Hafenschule gibt, die einen Bestand der Schule sichern könnten.

Die Fraktion MMW wird dem Beschluss zustimmen. Der Beschluss gibt eine Bestandsgarantie bis 2013. Im Umkehrschluss heißt es aus Sicht des Ratscherrn I. Chmielewski aber auch, dass jetzt sofort weiter an diesem Thema gearbeitet werden muss, um spätestens 2012 zu einem Entschluss zu kommen, wie es weitergehen soll. Diese Zeit sollte aktiv genutzt werden, um u. a. den Elternwillen der zukünftigen Kinder in den Schulen zu untersuchen und festzustellen, ob sie auf Dauer Kombiklassen möchten.

Die CDU-Fraktion legt den Focus auf die Bestandsgarantie. Eine sofortige Schließung der Schulen wäre nur sukzessive möglich gewesen und das ist den Eltern und Schulen nicht zuzumuten. Für eine komplette Übernahme haben die aufnehmenden Schulen zurzeit nicht die ausreichende Kapazität. Es ist daher aus Sicht des Ratscherrn Tischer wichtig, das Thema in aller Ruhe weiter zu entwickeln und die Schülerentwicklung abzuwarten. Dabei spricht sich die CDU gegen Kombiklassen aus. Sollten keine Veränderungen eintreten, können keine acht Grundschulstandorte erhalten bleiben. Rastherr Tischer hält viel vom Elternwillen, dieser kann dem Rat aber nicht die Verantwortung um die Entscheidung abnehmen.

Aus Sicht des Ratscherrn W. Langer ist es gut, dass die Diskussion nicht beendet ist. Abschließend muss der Rat die Entscheidung treffen.

Für den stellv. Bürgermeister Köhler sind die Zahlen eindeutig und die Diskussion muss weitergehen. Dabei sollte jetzt schon darauf hingearbeitet werden, dass die Schulen, die am schwächsten sind, schon eng mit den aufnehmenden Schulen zusammen arbeiten, um einen gleitenden Übergang zu erzielen.

#### **Beschluss:**

Auf Grundlage der derzeitigen Entwicklungsperspektiven (insbesondere die Entwicklung der Anzahl der Schüler) kann derzeit von der Stadt Varel als Schulträger eine Bestandsgarantie für den Erhalt der einzügigen Grundschulen über den 01.08.2013 hinaus nicht gegeben werden.

**Ja: 28 Nein: 2  
damit mehrheitlicher Beschluss**

#### **4.1.7 Einrichtung von offenen Ganztagsschulen Vorlage: 306/2009**

1. Stellv. Ratsvorsitzende Schneider bedauert, dass die offene Ganztagsschule nur für die Klassen 3 und 4 angeboten wird.

Unter dem Gesichtspunkt der Betreuung hätte Ratsherr I. Chmielewski auch lieber eine Beteiligung aller Klassen gehabt, es liegt aber im Bereich der Zuständigkeit der Schulen, es zu beantragen. Da die Schulen pädagogisch nicht gut ausgestattet werden, kann er verstehen, wenn sie langsam an das Thema heran gehen. Es wäre wünschenswert, wenn die anderen Grundschulen nachziehen würden.

##### **Beschluss:**

Die Stadt Varel stellt gemäß § 23 Abs. 4 NSchG das Einvernehmen zu den Anträgen auf Einführung einer offenen Ganztagsschule zum Beginn des Schuljahres 2010/11 für folgende Schulen her:

1. Hafenschule Varel (Antrag vom 21.10.2009)
2. Grundschule am Schlossplatz (Antrag vom 28.10.2009)
3. Grundschule Osterstraße (Antrag vom 28.10.2009)
4. Grundschule Büppel (Antrag vom 29.10.2009)

Die Herstellung des Einvernehmens des Schulträgers erfolgt unter der Voraussetzung, dass die jetzige Größe der Schulen als Maximalgröße (Hafenschule Varel = Einzügigkeit / Grundschule am Schlossplatz, Grundschule Osterstraße und Grundschule Büppel = Zweizügigkeit) beibehalten wird.

Der Einzugsbereich für das Ganztagsangebot der Grundschule Büppel umfasst das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Varel-Land (= Einzugsbereiche GS Altjührden, GS Borgstede, GS Büppel, GS Langendamm, GS Obenstrohe).

##### **Einstimmiger Beschluss**

#### **4.1.8 Antrag der Fraktion Menschenmüll-Wähleraktion vom 28.09.2009 auf Verabschiedung einer Resolution zum Thema Ganztagschule Vorlage: 307/2009**

Auch wenn Resolutionen oft nicht erhört werden, hält die MMW-Fraktion diese Resolution für sinnvoll, um sich beim Land für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen, insbesondere für zusätzliche Lehrerstunden für eine Nachmittagsbetreuung, einzusetzen.

##### **Beschluss:**

Dem Antrag der Fraktion Menschenmüll-Wählerversammlung vom 28.09.2009 auf Verabschiedung einer Resolution in anliegender Fassung zum Thema Ganztagschule wird zugestimmt.

##### **Einstimmiger Beschluss**

## **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **5.1 Volksbegehren für gute Schule**

Bürgermeister Wagner weist auf die Initiative Volksbegehren für gute Schule - Bildung, Chancen und Perspektiven - hin und lädt alle ein, an der Auftaktveranstaltung am 17.11.2009 um 18.00 Uhr in der Halle der HSG in Altjührden teilzunehmen. Das Volksbegehren hat folgende drei wesentliche Inhalte:

1. Wiedereinführung des G9 als Regelfall, also eines Abiturs nach 13 Jahren
2. Erleichterung der Einrichtung von Gesamtschulen im ländlichen Raum
3. Beibehaltung der vollen Halbtagsgrundschule.

## **6 Behandlung von Anfragen und Anregungen**

### **6.1 Ehrenmal Friedrich-August-Straße**

Ratsherr I. Langer wurde von einem Bürger angesprochen, dass das Ehrenmal an der Friedrich-August-Str. seit dem Weggang der Bundeswehr nicht mehr ausreichend gepflegt wird und dort keine Veranstaltungen mehr stattfinden würden. Der Bürger hätte bereits gegenüber der Stadt angeregt, dieses Mahnmal auf den Soldatenfriedhof zu verlegen, um es entsprechend zu würdigen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass am 15.11. um 14.00 Uhr am Ehrenmal Friedrich-August-Str. eine Veranstaltung mit Kranzniederlegung stattfindet. Seines Wissens wird es adäquat gepflegt. Mit dem Thema Umsiedlung sollte sensibel umgegangen werden, er persönlich hält den Standort an der Frierich-August-Str. für sehr gut.

Um 19:05 Uhr schließt Ratsvorsitzender Bäker die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karlheinz Bäker  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)